Lehre und Forschung

Ursula Münch

Politische Bildung und die Misere von Politik und Politikwissenschaft

Je stärker die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber Politikern, desto größer die Erwartungen – sowohl der Öffentlichkeit als auch der politischen Eliten – an die politischen Bildner. Von denjenigen, die in Schulen, Universitäten, Akademien, Bildungswerken und Stiftungen mit der „freien, verantwortlichen Urteilsbildung des politisch mündigen Menschen" befasst sind (Denkschrift 2009: 441), wird erfolgreiches Wirken erwartet. Die politische Bildung, sowohl in ihrer schulischen Ausprägung als auch als Erwachsenen(weiter)bildung öffentlicher und freier Träger, soll nicht nur die politische Rationalität der Bürger fördern (Patzelt 2011: 53 f.), sondern auch helfen, die womöglich demokratiegefährdende Distanz der Wählerinnen und Wähler zu den politischen Institutionen und Prozessen sowie den Mandats- und Amtsträgern in Deutschland und Europa abzubauen.

Doch die politische Bildung ist nicht allein durch diese Erwartungen aufgrund der aktuellen Kritik an der repräsentativen Demokratie herausgefordert. Die diagnostizierte Krise der Politikwissenschaft (Mead 2011) legt zudem nahe, dass die politische Bildung ihr Verhältnis gegenüber ihrer zentralen Bezugswissenschaft reflektiert.

1. Herausforderung der politischen Bildung I: Die Misere der Politik

Politische Eliten, Parteien und vor allem die Parlamente erleiden bereits seit Jahren einen kontinuierlichen Vertrauensverlust: Zwei von drei Bürgern verneinen die Frage, ob die meisten Abgeordneten ihre Arbeit engagiert und sachgerecht verrichten, und nur ein Viertel der Befragten bekundete im Sommer 2012 Vertrauen in die Arbeit der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Hoidn-Borchers/Vornbäumen 2012). Die geradezu als verächtlich anmutende Einschätzung der Fähigkeiten von Volksvertretern zeugt von einem widersprüchlichen Bild der Politik bei den Bür-

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gern: Während Politik einerseits als extrem komplex, intransparent und schwer verständlich wahrgenommen wird, besteht andererseits – möglicherweise begünstigt durch die Darstellung von Politik im Fernsehen – die Vorstellung, dass Politik als Beruf keiner besonderen Fähigkeiten bedürfe (Petersen 2012). Dieser Einschätzung dürften auch das wachsende Unbehagen gegenüber der repräsentativen Demokratie und die Forderung nach mehr Partizipationsmöglichkeiten geschuldet sein.

Doch der Verdruss an der Politik und die damit verbundene Misere der Politik sind nicht allein auf die Wahrnehmung des politischen Personals zurückzuführen. Sie sind darüber hinaus der „besonderen Ungleichzeitigkeit geschuldet, mit der die fortgeschrittenen Demokratien gegenwärtig konfrontiert sind" (Merkel 2011: 25); nämlich dem Umstand, dass die Herausforderungen, die sich sowohl von innen als auch von außen an die westlichen Staaten richten, mit den Anforderungen an demokratisches Regieren schwer vereinbar sind. In der Folge – und das ist aus Sicht der politischen Bildung der dramatischste Befund – gelingt es weniger denn je, die beiden „essentiellen Versprechen der Demokratie" (Jörke 2005: 486) einzulösen. Eines davon ist die Annahme grundsätzlich gleicher Zugangsmöglichkeiten aller Bürger zum politischen Prozess. Diese Zusage bleibt formal in Kraft, wird in der gesellschaftlichen Wirklichkeit aber dadurch unterlaufen, dass die Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Partizipation de facto auch vom sozioökonomischen Status eines Bürgers abhängig sind; die faktische Inanspruchnahme des Wahlrechts ist also sozial ungleich verteilt. Daran dürfte eine Ausweitung direktdemokratischer Elemente nichts ändern; schließlich kommen bei dieser Partizipationsform die Zugangshürden Bildung und beruflicher bzw. sozialer Status sogar besonders stark zum Tragen.

Das zweite grundlegende Versprechen der Demokratie ist die Perspektive, dass die demokratisch legitimierten Institutionen und Amtsinhaber auch den notwendigen Handlungsspielraum besitzen, um Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens nehmen zu können. Dieses Vertrauen in die Wirksamkeit der Delegation von Entscheidungsmacht auf die Volksvertreter wird jedoch durch die Etablierung supranationaler Strukturen in Form der Europäischen Union, die Umstellung von der Input- auf eine Outputlegitimation (Fritz W. Scharpf) sowie die Internationalisierung der (Finanz-)Wirtschaft unterlaufen.

Die Misere der Politik besteht demnach vor allem darin, dass es ungeachtet des Fortbestandes demokratischer Institutionen und Prozesse auf der Ebene des Nationalstaates nicht mehr gelingt, die tatsächliche Wirksamkeit der politischen Teilhabe zu gewährleisten.

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2. Herausforderung der politischen Bildung II: Die Misere der Politikwissenschaft

Der Zusammenhang zwischen der Misere der Politik und der Misere der Politikwissenschaft ist kein ursächlicher. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass beide miteinander zu tun haben. Zunächst gegenläufig: So muss die Politikwissenschaft (anscheinend aber ohne dies selbst zu bedauern) zur Kenntnis nehmen, dass sogar die Krise der Demokratie das Interesse an den Diagnosen oder gar Reformvorschlägen der Politikwissenschaft nicht fördert. In der gegenwärtigen Euro-Krise suchen und finden selten Politikwissenschaftler, sondern vor allem Ökonomen – wenn auch mit höchst unterschiedlichen Einschätzungen – das Gehör von Politik und Öffentlichkeit. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich Ökonomen auch zu Politikinhalten äußern. In der Politikwissenschaft hingegen ging der Verzicht auf eine normative Ausrichtung, also die Positionierung mit Blick auf die „gute" Politik, mit der Tendenz zur Spezialisierung auf Details von politischen Aushandlungsprozessen einher (Mols 2012: 46, 51). Die führenden Vertreter der Politikwissenschaft konzentrieren sich inzwischen nicht nur aufgrund der Drittmittelfixierung der Universitäten weitestgehend auf Forschungsfragen. Dem ursprünglichen Bildungsauftrag der Politikwissenschaft wird von den meisten Forschern ebenso eine Absage erteilt wie dem tradierten Selbstverständnis von der Politikwissenschaft als einer Integrationswissenschaft, also einer Wissenschaft, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven und unter Anwendung unterschiedlicher Methoden mit dem Gegenstand des Politischen befasst. Gleichzeitig pflegt die derzeitige Politikwissenschaft eine deutliche thematische und methodische Verengung und überlässt das Nachdenken über genuin politische Fragen zum Beispiel der Philosophie.[1]

Die geringe Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit für die Arbeit und die Forschungsergebnisse der Politikwissenschaft (Mead 2011: 126) ist also der Vernachlässigung der „Antwortpflicht" der Politikwissenschaft ebenso geschuldet wie ihrem Verzicht, die fachspezifische Urteilskraft vernehmbar und verständlich zu artikulieren.

1 Herausragendes Beispiel dafür ist Gerhardt, Volker, 2007: Partizipation als Prinzip der Politik, München.

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3. Und die politische Bildung selbst?

Politische Bildung stellt weder eine Teildisziplin der Politikwissenschaft noch ihre didaktische Umsetzung dar. Auch wenn sie in vielerlei Beziehungen zur Politikwissenschaft steht, „hat sie eine Eigendynamik entfaltet, die sie als einen eigenständigen interdisziplinären und praxisbezogenen Handlungszusammenhang konstituiert“ (Franke 2012: 359).

Die Diagnosen zur Krise der repräsentativen Demokratie sowie zur derzeitigen Schwerpunktsetzung innerhalb der Politikwissenschaft sind für die Positionierung der politischen Bildung von zentraler Bedeutung. Zunächst ist zu beobachten, dass auch die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland keineswegs frei von Misere ist.[2]

a) Geringe öffentliche Aufmerksamkeit auch hier

Die politische Bildung ist „stark in die Defensive geraten“ und hat unter anderem in der öffentlichen Debatte „an pädagogischer Dringlichkeit und demokratie-politischer Aussagekraft verloren“ (Himmelmann 2010: 23 f.). Und ähnlich wie die Politikwissenschaft muss sich auch die politische Bildung den Vorwurf gefallen lassen, die Flucht aus den Inhalten zugunsten methodischer Erörterungen – in ihrem Fall konzeptionell-didaktischer Fragen – eingeschlagen zu haben.

Der Umstand, dass die Politikwissenschaft ihren Bildungsauftrag inzwischen bewusst vernachlässigt, legt eine verstärkte diesbezügliche Präsenz der politischen Bildung nahe. Die zentrale Voraussetzung dafür, dass sie in der Lage ist, das entstandene Vakuum zu füllen, besteht darin, dass die politische Bildung darauf verzichten muss, der Politikwissenschaft in ihrer Orientierung hin zu Spezialisierung, Methodologismus und Selbst-Referentialität (Mead 2011: 127) nachzueifern. Etwas ganz anderes ist erforderlich: Die politische Bildung und die Politikdidaktik als die für die politische Bildung zuständige Fachdidaktik (Detjen 2007: 417) müssen sich zum einen auf die im engeren Sinn politischen Fragen nach Staat, Macht, Legitimation, Interessen sowie deren Bedeutung für unterschiedliche Problemfelder konzentrieren. Zum anderen sind die politische Bildung und die Wissenschaft von der politischen Bildung aber gut beraten, sich – anders als die Politikwissenschaft – nicht von ihrer Identität als Integrationswissenschaft zu distanzieren.

2 Die Jahrestagung 2010 der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Landesverband Bayern, an der Akademie für Politische Bildung Tutzing war unter das Motto gestellt „Das Elend der Politischen Bildung – eine Gefahr für die Demokratie?“ (vgl. http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1622; Stand: 18.8.2012).

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

b) Brandschutz innerhalb und außerhalb der Schule

Zu den Dauerproblemen der politischen Bildung gehört ihre (geringe) Bedeutung als Unterrichtsfach, sowohl was die Stundenzahl betrifft als auch mit Blick darauf, dass politische Bildung häufig nur als Fächerverbindung unterrichtet wird (Kalina 2010: 21 ff.). Diese geringe Bedeutung kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, dass das Schulfach politische Bildung, für das in der Bundesrepublik insgesamt mehr als 20 Fachbezeichnungen existieren, häufig fachfremd unterrichtet wird. Die Neigung, politische Bildung nur noch als Teil von Fächerverbindungen anzubieten, fördert eine „Verwässerung" oder sogar „Pervertierung" der politischen Bildung (Kalina 2010: 34 ff.). Und schließlich wird die berufliche (und damit ökonomische) Verwertbarkeit von Bildungsangeboten von Geldgebern häufig als wichtiger erachtet als genuin politische Bildungsinhalte.

Weitere Probleme sind das weitgehende Nicht-Verhältnis von schulischer und außerschulischer politischer Bildung, der Trend zu einer allmählichen De-Institutionalisierung sowie die Tatsache, dass der politischen Bildung im öffentlichen Ansehen häufig nur eine Feuerwehrfunktion zukommt: Sie soll beispielsweise extremistische Auswüchse und rassistische Übergriffe dann eindämmen, wenn diese Feuer bereits gelegt sind. Eine Feuerwehr, der gleichzeitig das Löschwasser immer wieder rationiert wird – von den Einsparungen beim Brandschutz ganz zu schweigen: Während die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung zum Jahresende 2004 komplett abgeschafft wurde, mussten andere Einrichtungen immer wieder Mittelkürzungen und Personalverknappung hinnehmen. Zuletzt waren von den Kürzungen im Haushalt der Bundeszentrale für politische Bildung vor allem die Zuweisungen an die freien Träger, die von der Bundeszentrale in ihrer Projektarbeit unterstützt werden, betroffen.

4. Politische Bildung im 21. Jahrhundert

Jenseits der im Fach ausgetragenen Auseinandersetzung darüber, ob das „Demokratie-Lernen" (basierend auf einem Verständnis von Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und als Herrschaftsform) oder das „Politik-Lernen" (Politik als leitender Aspekt der politischen Bildung) den Kern der politischen Bildung ausmachen solle (Detjen 2007: 196; Franke 2012: 373 f.), sieht sich die politische Bildung mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich mehr denn je auch mit „Begründungs- und Legitimationsfragen der Demokratieerziehung" zu befassen (Scherb 2010: 36). Dazu gehört es, die Fragen nach dem Sinn, den Zielen, den Inhalten und den notwendigen Leistungen der politischen Bildung und damit die Bedeutung einer Werteerziehung und der Vermittlung politischer Identität immer wieder neu zu diskutieren und das

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gerade in Zeiten zu tun, in denen die Medialisierung und vor allem die Digitalisierung nicht nur die politischen Akteure, sondern auch die politischen Bildner unter immensen (Zeit-)Druck setzt.

Als größte Herausforderung sowohl für die Politik als auch für die politischen Bildner erscheinen die Krise der repräsentativen Demokratie und die damit auch verbundene zunehmende Distanz eines Teils der Bevölkerung. Die sich verstärkende Abwendung von den Inhalten der Politik bei gleichzeitigem Drängen eines anderen Bevölkerungssegments auf mehr Beteiligungsmöglichkeiten macht eine Differenzierung der Angebote politischer Bildung nach Adressaten und Inhalten erforderlich.

a) Aneignung statt bloßer Recherche

Unverzichtbar ist der Anspruch, dass politische Bildung vor allem die Urteilskraft der Bürger in der Mediendemokratie zu stärken hat. Die Besetzung der Institutionen und damit das Funktionieren einer Demokratie hängen nicht von der ständigen Partizipationsbereitschaft der Bürger ab, sehr wohl aber von der Urteilskompetenz der Wählerschaft. Das zur politischen Urteilsbildung unabdingbare Orientierungs- und vor allem Deutungswissen (Detjen 2007: 310) wird in der digitalisierten Mediengesellschaft jedoch gerade nicht durch die bloße Verfügbarkeit von Informationen erreicht: Um politische Inhalte verstehen und konkurrierende politische Lösungen beurteilen zu können, reichen Recherchefähigkeiten nicht aus; vielmehr bedeutet „politische Bildung […] kritische Aneignung“ (Jesse/Liebold 2011: 519). Angesichts der großen Kluft, die in der Bundesrepublik Deutschland zwischen der „gelebten und der vermuteten Verfassung“ besteht, kann man zu der Feststellung kommen, dass nicht die Institutionen und die Politiker eine Gefährdung der Demokratie darstellen, sondern in erster Linie das Unwissen bzw. das Halbwissen der Bürger und deren daraus resultierende Fehlurteile (Detjen 2007: 292 f.). Die Demokratie ist eben kein Schlaraffenland (Eric Voegelin), in dem den Bürgern ohne ihr eigenes Zutun eine handlungsfähige, demokratisch legitimierte Regierung ebenso in den Mund fliegt wie Rechtsstaatlichkeit und Teilhaberechte.

Die Vermittlung von grundlegenden Einsichten in die Kategorien des Politischen muss in erster Linie die Schule leisten; nur der Schulunterricht durch dafür auch qualifizierte politische Bildner kann gewährleisten, dass allen Kindern und Jugendlichen das zum Grundverständnis wie zum Weiterlernen notwendige Wissen über die Strukturen der Politik vermittelt wird. Ein demokratischer Staat muss sich der Aufgabe der grundlegenden politischen Bildung seiner (heranwachsenden) Staatsbürger verschreiben und diesen dabei auch ein Mindestmaß an kognitiver Anstren-

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gung abverlangen. Eine enggeführte Umsetzung dieses Auftrags in Form des sozialen Lernens im schulischen Nahbereich genügt hierfür nicht.

b) Politische Bildung als öffentliche Aufgabe

Erst das Vorhandensein eines zumindest grundsätzlichen Verständnisses für die Grundlagen und die Funktionsmechanismen der bundesdeutschen Demokratie schafft Anknüpfungspunkte. Von der Basis eines strukturierten Orientierungswissens aus sind die Bürger nicht nur in der Lage, sich in der globalisierten und digitalen Mediendemokratie zurechtzufinden, sondern es ist ihnen auch möglich, kritisch mit Medienangeboten umzugehen, sich auch mit deren Hilfe Deutungswissen anzueignen und auf vielfältige Weise zu partizipieren. Ein wichtiges künftiges Betätigungsfeld für die politische Bildung sollte dabei auch die sogenannte „partizipative Technologiebewertung" sein; diese befähigt nicht nur zur Teilnahme an den öffentlichen Diskursen über neue Technologien oder große Infrastrukturprojekte, sondern sie verbindet diese mit direkten Einblicken in politische Entscheidungsprozesse. Die Angebote der außerschulischen politischen Weiter- und Erwachsenenbildung koppeln an das vor allem in Schulen zu vermittelnde Orientierungswissen an. Ob es genügen kann, aus Gründen der Ressourcenersparnis auf eine zunehmend informelle und ortsungebundene politische Bildung zu setzen, ist zu bezweifeln. „Feste Lernorte" staatlicher und nicht-staatlicher Träger begünstigen den für die politische Bildung unverzichtbaren Austausch mit „den anderen" und bieten die professionelle Umgebung, die zur Erarbeitung der Kultur des politischen Diskurses unabdingbar ist (Kalina 2010: 16).

Tatsächlich erfüllt der Staat diese grundlegende Aufgabe, also die „Befähigung zur Demokratie" und die „Erziehung zum citoyen" (Patzelt 2011: 49) aber nur noch mit Einschränkungen. Die „schleichende Exklusion der an Umfang zunehmenden Unterschichten" (Merkel 2011: 26) und damit der Verstoß gegen eines der beiden oben genannten „essentiellen Versprechen" der Demokratie weisen darauf hin, dass die Befassung mit politischen Fragen jenseits des gesellschaftlichen Mikrobereichs an Selbstverständlichkeit verloren hat. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und bekannt: Sie reichen von der Zunahme politischer und gesellschaftlicher Komplexität und der daraus resultierenden Überforderung, den Anforderungen des (Erwerbs-)Lebens in einer Wettbewerbsgesellschaft, den zahlreichen digitalen und analogen Ablenkungs- und Verdummungsmöglichkeiten bis zum nachlassenden Pflichtgefühl von Individuen der Gemeinschaft gegenüber – und darüber hinaus.

Auch diese Ursachen legen es nahe, politische Bildung als abgestuftes bzw. dem Lebenslauf angepasstes Projekt zu betrachten. Ohne die entsprechenden Angebote

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

in der Schule, aber auch die notwendigen Ansprüche der Schule selbst fehlt es an der unverzichtbaren Basis für die unerlässliche politische Erwachsenenbildung. Denn: Investitionen des Staates in die politische Bildung seiner Bürger dienen der „Pflege seiner sozio-moralischen Wurzeln" (Patzelt 2011: 49) – und ihre Vernachlässigung gefährdet die freiheitliche Ordnung.

Literatur

Denkschrift, 2009: Über die Gründung einer Akademie für Politische Bildung. Denkschrift der 1. Grünwalder Arbeitstagung, 31.7.1955, in: Heinrich Oberreuter/Steffen H. Elsner (Hrsg.), Kristallisationskern politischer Bildung, München, 440-444.

Detjen, Joachim, 2007: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland, München/Wien.

Franke, Uwe, 2012: Politikdidaktik und Politikwissenschaft, in: Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft, Paderborn, 357-387 (7. Aufl.).

Himmelmann, Gerhard, 2010: Brückenschlag zwischen Demokratiepädagogik, Demokratie-Lernen und Politischer Bildung, in: Dirk Lange/Gerhard Himmelmann (Hrsg.), Demokratiedidaktik, Wiesbaden, 19-30.

Hoidn-Borchers, Andreas/Vornbäumen, Axel, 2012: (Nichts-)Wissen ist Macht, Stern (31), 52-57.

Jesse, Eckhard/Liebold, Sebastian, 2011: Politikwissenschaft in Deutschland. Trends, Herausforderungen, Perspektiven, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21 (3), 511-526.

Jörke, Dirk, 2005: Auf dem Weg zur Postdemokratie, in: Leviathan 33 (4), 482-491.

Kalina, Ondřej, 2010: erfolgreich.politisch.bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland, Sankt Augustin/Berlin, http://www.kas.de/wf/de/33.20184/ (Stand: 16.8.12).

Mead, Lawrence M., 2011: Reformiert die Politikwissenschaft! Die Misere einer randständigen Forschungsdisziplin, in: INDES 1 (0), 126-137.

Merkel, Wolfgang, 2011: Steckt die Demokratie in einer Krise?, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.), Herausforderung Demokratie, Baden-Baden, 13-27.

Mols, Manfred, 2012: Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin, in: Hans-Joachim Lauth/Christian Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft, Paderborn, 23-61 (7. Aufl.).

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Patzelt, Werner J., 2011: Demokratie – Integration – Bildung: Was kann schiefgehen, was ist zu tun?, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.), Herausforderung Demokratie, Baden-Baden, 47-59.

Petersen, Thomas, 2012: Die Sehnsucht nach politischer Orientierung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.5.2012, 5.

Scherb, Armin, 2010: Das Selbstbewusstsein der Akteure entwickeln – Die Politische Bildung muss wieder philosophischer werden!, in: Forum Politik-Unterricht 23 (1), 33-37.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Ursula Münch
Akademie für Politische Bildung Tutzing
Buchensee 1
82327 Tutzing
E-Mail: U.Muench@apb-tutzing.de

https://doi.org/10.5771/1430-6387-2012-3-449
Generiert durch IP '18.119.172.104', am 12.10.2024, 06:09:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.